Die Baukartell-Wahl

Graubünden wählte – sehr ungern. Am Ende war es ein Krimi. Bei dem es darum ging, welcher Kandidat am wenigsten weniger beliebt war.

Von Constantin Seibt, Anja Conzett, Gion-Mattias Durband, 12.06.2018

Um 13.41 Uhr waren 106 von 108 Gemeinden ausgezählt. Und das Duell zwischen zwei Hauptfiguren der Baukartell-Geschichte war mit voller Brutalität im Gang.

Jon Domenic Parolini führte gegen Walter Schlegel im Duell um den letzten Regierungssitz mit nur 164 Stimmen. Für beide bedeutete das Ergebnis eine Katastrophe.

• Regierungsrat Parolini drohte die Abwahl – die allererste eines Magistraten seit der Gründung des Kantons Graubünden 1804. Und dazu die Rolle als Totengräber der eigenen Partei. Denn die BDP hätte das komplette Ausscheiden aus der Regierung in ihrem stärksten Kanton nur schwer beschädigt überlebt.

• Dem Polizeikommandanten Schlegel drohte, dass die wählerstärkste Partei, die SVP, zum dritten Mal nicht in die Regierung kam. Und das trotz perfekter Ausgangslage – mit der von niemandem erwarteten Möglichkeit, die Todfeindin BDP zu erledigen. Aber die SVP-Wähler lieferten nicht.

Die zwei Gemeinden, die fehlten, waren Roveredo und Tamins. Erstere galt als die grosse Hoffnung der SVP.

Um 14.03 Uhr gab die Standeskanzlei das Ergebnis bekannt: Parolini und der Zufall gewannen gegen Schlegel mit 15'904 zu 15'836 Stimmen.

Roveredo hatte ungenügend geliefert. Dabei hätten sie alles entscheiden können. 147 Stimmzettel wurden leer eingelegt. Fast 10 Prozent stimmten für niemanden.

Am Ende entschieden 68 Stimmen für Regierungsrat Parolini.

Wen überhaupt?

Es war das Finale eines Wahlkampfs, bei dem die Überlegungen der Wählerinnen und Wähler sich weniger darum drehten, wen sie wählen sollten, sondern um die Frage, wen überhaupt.

Ein Zweidrittel-Mehr zog vor, sich zu drücken. Nur 35,8 Prozent gingen an die Urne. (Knapp 8 Prozent weniger als vor 4 Jahren.) Und wer wählte, wählte so wenig Kandidaten wie möglich. Der Politologe Clau Dermont rechnete aus, dass die Wähler rund 45 Prozent der 5 Linien leer gelassen hatten. (Gegenüber 35 Prozent vor 4 Jahren.)

Dazu kam, dass der parteilose Esoteriker Linard Bardill über 12'000 Stimmen machte. Und vereinzelte Bürgerinnen 5400 Stimmen. (Micky-Mäuse und Elfenköniginnen blieben ungezählt.)

Am Ende erreichte nur der FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb mit rund 24'000 Stimmen knapp den Stimmenanteil der letzten Wahl. Der CVP-Regierungspräsident Mario Cavigelli folgte dicht dahinter mit dem Verlust von 12 Prozent, der knapp überlebende Parolini verlor ein Drittel seiner Wähler.

Wirklich glücklich waren nur die zwei Neuen. Mit über 18'000 Stimmen erreichte der SP-Gewerkschafter Peter Peyer locker die lange als unsicher angesehene Wahl. Er lag knapp hinter der Überraschung des Sonntags, Marcus Caduff. Politprofis hatten den Manager eines Regionalspitals lange als rezeptpflichtige Schlaftablette abgeschrieben. Nun eroberte Caduff mit einem unerwarteten dritten Platz für die CVP nach 20 Jahren den zweiten Sitz zurück.

Peyer sagte zur niedrigen Wahlbeteiligung: «Das hat mich nicht überrascht. Ich habe mit vielen gesprochen, die bereits den Wahlzettel ausgefüllt, aber ihn nach der Baukartell-Geschichte zerrissen haben.»

Caduff (der aussieht wie der jüngere Bruder Cavigellis) sagte zum Thema Wahlkampf: «Für mich kam das Baukartell wie eine Lawine. Einmal losgetreten, kann sie niemand mehr stoppen.» Es blieb sein einziger poetischer Satz.

Auf die meisten anderen Fragen, etwa warum eine Geschichte, deren zentrale Fakten schon bekannt waren, derart heftige Reaktionen hervorgerufen habe, sagte er: «Das muss man noch genau analysieren.»

Die Lawine

Analysieren. Nur wie?

Cavigelli: Der Wahlkampf war speziell. Es gab nur ein Thema, das alle anderen dominierte: den Bauskandal.

Republik: Das ist ziemlich verblüffend. Normalerweise löst Journalismus so gut wie immer nichts aus.
Cavigelli: Erst die Artikel, dann die Weko. Dann der Rücktritt eines Kandidaten. Das hat die ganze Dynamik des Wahlkampfs gekippt.

Republik: Was konnte einen so soliden Kanton wie Graubünden derart ins Rutschen bringen?
Cavigelli (zuckt mit den Schultern): Es hat Verunsicherung ausgelöst.

So weit, so unklar. Weit klarer ist, dass es einen Unterschied machte, wie welcher Politiker auf den Hangsturz reagierte. Denn durch das Baukartell kamen drei Regierungsräte und zwei Kandidaten unter Druck:

• Mario Cavigelli, der 2011 von Stefan Engler das Tiefbauamt übernommen hatte. Und die erste Version (sie hatten von dem Whistleblower Adam Quadroni nie Dokumente erhalten) ebenso übernahm wie die zweite Version (nur solche bis 1999).

• Christian Rathgeb, der Chef des Gesundheits- und Justizdepartements: Er hatte sich hinter den internen Polizeibericht gestellt, dass bei der Verhaftung Quadronis alles mit rechten Dingen zugegangen war.

• Jon Domenic Parolini: Er hatte 2009, damals noch als Gemeindepräsident von Scuol, die Unterlagen von Quadroni gezeigt bekommen – und nichts getan. Ausser sofort den Baulöwen Roland Conrad anzurufen. Und ihm zu sagen, dass in Scuol bitte keine Spiele gespielt werden sollten. (Eine Woche vor der Wahl enthüllte die «NZZ am Sonntag», dass diese dann doch gespielt wurden. Und zwar im Fall von Parolinis Einfamilienhaus, wo die Baumeister den Preis für die Baugrube und weitere Arbeiten mit rund 300'000 festgesetzt hatten: mit etwas Rabatt, aber rund 25 Prozent höher als die niedrigste Schätzung.)

• Walter Schlegel, der als Polizeikommandant für seine Leute verantwortlich war.

• Andreas Felix, als Geschäftsführer des Baumeisterverbandes im Zentrum des Skandals. Obwohl er behauptete, in zwei Jahrzehnten als Funktionär nichts von den Kartellabsprachen mitbekommen zu haben.

Diese fünf hatten, als die Lawine zu rollen begann, zwei Optionen: etwas tun. Oder sich als ungerecht behandeltes Opfer zu beklagen.

Das erste Opfer

Der BDP-Kandidat Andreas Felix ging sofort ins Fernsehen, an die Presse, also in die Offensive. Und redete glasklar. Alle Anschuldigungen seien Erfindungen: Als Mann der Tat zählten für ihn auch keine Erzählungen, sondern nur Fakten: das Urteil der Wettbewerbskommission. Einen Rücktritt von ihm könne man vergessen.

Doch Felix hatte keine Chance. Er war zu nah dran. Und es gab es nur zwei Möglichkeiten: a) Er wusste alles – dann hatte er geholfen, den Kanton, dem er dienen sollte, um Dutzende Millionen zu betrügen. Oder b): Er war in seinen zwanzig Jahren im Baumeisterverband sensationell blind gewesen, was ihn als Regierungsrat unfähig machte.

Als dann die Weko am Tag nach der Republik-Serie den Baumeisterverband als Mitorganisator bezeichnete, hatte Felix keine Alternative mehr.

Die BDP – ursprünglich eine Zwei-Sitz-Partei in der Regierung – hatte plötzlich nur noch einen Kandidaten: Parolini. Doch sie kämpfte noch einen letzten Kampf: Sie erklärte Andreas Felix zum Helden: In der Rücktritt-Pressekonferenz lobten mehrere BDP-Politiker seine unbestreitbare Integrität.

Und dankten für das Opfer, das er brachte.

Die Profis

Regierungspräsident Mario Cavigelli ging ebenfalls ins Fernsehen – in die «Rundschau», zur Zeit, als die Geschichte am heissesten kochte. Das war kein kleines Risiko. Cavigelli ist ein Karrierepolitiker (er verkündete schon im Gymnasium, er wolle in die Regierung). Er ist zwar ein brillanter Jurist – aber auch mit dem Charisma eines Juristen: Ein Apfel ist, in der Sprache Cavigellis, eine durch ein fünfteiliges Achsenfruchtgewebe verbundene Sammelbalgfrucht der Sorte Gala.

Kein Wunder, kam in der «Rundschau» Cavigelli nicht perfekt weg. Er debattierte als sprechende Akte – und er schaffte es mehrmals nicht, auch nur ein Wort des Bedauerns für den Whistleblower Quadroni zu finden.

Aber er stand hin.

Und er hat Antworten. Diese sind stets etwas Nebelwurf (sie dauern auf einfache Fragen gern bis zu sieben Minuten), aber sie überzeugen in ihrer Komplexität. Und sind durchaus konkret. Im Fall des Baukartells wie im Fall von Quadronis Verhaftung etwa hat die Bündner Regierung vier Untersuchungen gestartet – drei mit kantonsexternen Profis an der Spitze.

Ob Cavigelli vorhat, die fehlbaren Bauunternehmen mit einem blauen Auge laufen zu lassen – oder sie empfindlich zu strafen, bleibt unklar. Aber seine Antwort auf die Frage, warum die Fälle im Dickicht der Verfahren ein komplexes Problem seien, ist glasklar.

Ohne ein Jus- und ein Aktenstudium sollte niemand die Hoffnung haben, Cavigelli zu widersprechen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Justizvorsteher Rathgeb, als Gründer des Bündner Jungfreisinns ebenfalls ein Karrierepolitiker. (Wie viele, die jung in die Politik kamen, ist er Gegenfeuer gewohnt). Rathgeb hat verwundbare Seiten (er gilt als herrischer Chef mit Militäridealen und dementsprechend begeisterten oder weniger begeisterten Mitarbeitern) – aber auch unverwundbare: In der Regierung ist er konkurrenzlos als Verfassungskenner (und -patriot).

Rathgeb gleiste mit Cavigelli energisch (wenn auch spät, erst beim Platzen des Skandals) die externen Untersuchungen auf – inklusive der eigenen Entscheidungen. Dazu tat er etwas Kühnes: Er erstattete Anzeige gegen unbekannt wegen des ungewöhnlich massiven Polizeieinsatzes gegen Adam Quadroni.

Damit warf er seinen möglichen nächsten Kollegen unter den Bus, den Polizeikommandanten Walter Schlegel, den Kandidaten der SVP. Denn durch das Verfahren war Schlegel a) öffentlich unter Verdacht und b) in seinen Aussagen zur Sache gefesselt durch eine laufende Untersuchung.

Nach der Wahl, im Studio des Bündner Fernsehens, sagte Rathgeb entspannt, er freue sich über seine Wiederwahl.

Republik: Angesichts von 68 Stimmen Differenz war Herrn Parolinis Sieg ja nicht zuletzt Ihr Werk. Durch die Strafanzeige gegen unbekannt.
Rathgeb: Bei einer gewissen Intensität von Anschuldigungen wird eine Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht – das kommt bei uns im Departement immer wieder vor, unabhängig davon, ob gerade Wahlkampf ist oder nicht.

Republik: Ist es in der Politik nicht so wie in der Presse oder im Theater? Timing ist alles. Und das Timing war perfekt.
Rathgeb: Wie gesagt, wenn gewichtige Vorwürfe im Raum stehen, werden diese abgeklärt – ob Wahlkampf oder nicht, spielt da keine Rolle.

Rathgeb und Cavigelli sind Profis. Sie beherrschen ihre Dossiers, die politischen Tricks und als Waffe die juristische Sprache, mal präzis, mal verschwurbelt. Sie sind kaltblütig genug, um Pläne zu fassen und zu ändern. Und eine über das Ufer tretende Krise in die Kanäle der Institutionen zu leiten.

Sie landeten bei der Wahl mit Abstand auf Platz 1 und 2.

Das zweite Opfer

16 Uhr. Jon Domenic Parolini. Nach überlebter Wahl. Am Buffet.

Republik: Gibt es etwas, was Sie aus dem Baukartell-Fall gelernt haben?
Parolini: Mein Learning zu den Geschehnissen von 2009 habe ich schon lange gemacht. Als die Weko 2012 mit den Hausdurchsuchungen angefangen hat, war mir klar, da ... Aber zu diesem Thema habe ich eigentlich alles gesagt, ich wiederhole mich nur noch.

Republik: Könnten Sie nochmals sagen, was Sie nach dem Treffen mit Quadroni taten?
Parolini: Diese Frage ist schon falsch, ich habe das schriftlich schon beantwortet. Dazu nehme ich keine Stellung mehr.

Republik: Wir können Ihnen die Frage auch schriftlich zustellen.
Parolini: Nein ... Jetzt müssen wir Wahlanalysen und andere Sachen machen, morgen früh habe ich Regierungssitzung, und danach ist Grossratsdebatte. Ich bin voll ausgebucht. Und das hat für mich keine Priorität.

Republik: Sie sagten, Sie seien nach dem Treffen mit dem Whistleblower Quadroni zum Baulöwen Roland Conrad gegangen ...
Parolini: Ja, und ich stellte klar, wenn es zu solchen Absprachen kam, ist das inakzeptabel. Dann sagte Conrad, das sei früher gemacht worden, heute aber nicht mehr. Wenn ich nun im Weko-Bericht lese, dass die Preisabsprachen bis 2008 sogar auf Einladung des Baumeisterverbandes stattgefunden haben und danach nur das System geändert wurde, dann hat er mich damals angelogen. Da fühle ich mich verschaukelt und hintergangen. Und nachdem mir die NZZ die entsprechenden Unterlagen zugestellt hat, weiss ich nun, dass ich auch privat betroffen bin. Das ist eine riesige Enttäuschung. Ich bin Opfer. Und ich bin sehr enttäuscht. Und ich sage noch einmal: Mit dem heutigen Wissen wäre ich anders vorgegangen. Das andere ist, dass ich zum Treffen mit Quadroni von 2009 wenig sagen kann, da ich dem Amtsgeheimnis unterstehe.

Republik: Apropos Amtsgeheimnis: Ist dieses nicht auch tangiert, wenn jemand Ihnen delikate Informationen weitergibt und Sie sofort danach einen der Drahtzieher darüber informieren?
Parolini: Nein, es ging darum, innerhalb der Gemeinde zu sensibilisieren und die betreffenden Unternehmer wissen zu lassen, dass solche Praktiken nicht toleriert werden.

Republik: Ist es mit dem Amtsgeheimnis zu vereinbaren, wenn Sie einen betroffenen Unternehmer über das Gespräch mit einem Whistleblower informieren?
Parolini: Dazu habe ich mich bereits geäussert. Dazu gibt es keine weiteren Ausführungen.

(Noch ist Jon Domenic Parolini nicht ganz sicher Regierungsrat. Die Regierung, darunter er selbst, muss noch darüber abstimmen, ob wegen des winzigen Abstands von 0,0004 Prozent der Stimmen eine Nachzählung stattfindet.)

Schafft es Parolini erneut, hat er die Chance, die Aufgabe anzugehen, die sämtliche Bündner Parlamentspolitiker als die schwierigste für ihre Regierungsräte sehen: Regieren, statt regiert zu werden. Denn die Chefbeamten sind in Graubünden traditionell stark. Parolinis Chefbeamter beim Amt für Wirtschaft und Tourismus, Eugen Arpagaus, trägt etwa den Spitznamen «Prinz Eugen». Als schlecht gelaunte Anerkennung.

Das dritte Opfer

Walter Schlegel, der alte und neue Polizeikommandant, sah in den zahlreichen Interviews zu seiner dramatisch knappen Niederlage enorm entspannt aus. Er sagte: «Ich bin froh, dass es vorüber ist.»

Dann endete seine Entspanntheit. «In diesem Wahlkampf ging es nicht um Personen, sondern vor allem um das Baukartell, und dies über Monate ...»

Republik: Zu unrecht?
Schlegel: Für mich schon. Ich habe damit nichts zu tun, mit dem Kartell sowieso nicht, und der Polizeieinsatz wurde einseitig und unsauber dargestellt.

Republik: Wir haben die Polizei mehrfach um Stellungnahme gebeten. Ohne Antwort.
Schlegel: Das nützt letztlich auch nichts. Es ist einfach kein guter Journalismus, wenn man nur eine Seite darstellt und eine Person in eine Ecke stellt, ohne dass diese sich dagegen wehren kann, weil sie an das Amtsgeheimnis gebunden ist.

Republik: Welche Seite haben wir nicht angehört?
Schlegel: Die in der «Weltwoche». Die zweite.

Republik: Welches ist die zweite Seite des Kartells, welche ist es beim Polizeieinsatz?
Schlegel: Sie vermischen es immer noch. Das Baukartell hat weder mit der SVP noch mit SVP-Politikern etwas zu tun – auch mit dem Polizeikommandanten nicht.

Republik: Falls Sie uns gelesen haben: Das haben wir nicht geschrieben. Übrigens fast nichts zu Ihnen. War es nicht die Strafanzeige von Regierungsrat Rathgeb, die Sie offiziell in die Baukartell-Geschichte gebracht hat?
Schlegel: Das ist zu einfach.

Republik: Ohne die Artikelserie, in der Parolini weit prominenter vorkommt, wären Sie ihm auch nicht so gefährlich geworden.
Schlegel: Aber man darf die Geschichten nicht vermischen. Und was den Polizeieinsatz angeht: Die Leute glauben den Aussagen von Adam Quadroni, obwohl sie nicht stimmen.

Republik: Okay, das wäre neu. Sie sagen, dass diese Darstellung nicht stimmt?
Schlegel: Nein, das sage ich nicht. Ich sage nur, dass Sie die zweite Seite nicht bringen.

Republik: Wir konnten sie nicht bringen, weil wir überall – etwa beim Chef des Polizeipostens Scuol – keine Stellungnahme erhalten haben.
Schlegel: Sie wissen genau, dass in der Polizei nur gewisse Stellen Auskunft geben dürfen.

Republik: Man kann also keine Polizeieinsätze oder Polizeigewalt thematisieren, weil die Polizisten nichts dazu sagen dürfen?
Schlegel: Das sage ich nicht. Aber dann muss man auch die andere Seite bringen.

Republik: Wir haben gemacht, was wir können. Uns etwa auf die Akten der Psychiatrischen Dienste gestützt.
Schlegel: Waren Sie beim Einsatz dabei?

Republik: Nein.
Schlegel: Eben. Und wenn Sie nicht dabei waren …

Republik: … können Journalisten nicht über Polizeieinsätze berichten?
Schlegel: Dazu sage ich nichts mehr. Es bringt auch nichts, wenn ich mit Ihnen darüber spreche.

Republik: Anderes Thema. Sie werfen der Republik vor, keine Beweise zu liefern. Gleichzeitig teilen Sie auf Facebook Beiträge, die nahelegen, der Sonderdruck der Republik sei von der SP finanziert worden.
Schlegel: Das habe nicht ich geschrieben.

Republik: Aber es erschien unter Ihrem Namen. Sie hätten uns jederzeit fragen können.
Schlegel: Da muss ich nichts fragen.

Republik: Kann ein Regierungsratskandidat unbewiesene Theorien verbreiten?
Schlegel: Das habe ich nicht gemacht.

Republik: Dann stammen die Beiträge unter Ihrem Namen nicht von Ihnen?
Schlegel: Dazu gebe ich keine Auskunft.

Republik: Für künftige Fälle: Wie sollen Journalisten denn vorgehen, wenn sie Vorwürfen gegen die Polizei nachgehen wollen?
Schlegel: Sie können schauen, wie das der «Blick» gemacht hat. Wenn Sie im Unterengadin 500 Personen befragen zu Quadroni, werden Ihnen alle etwa das Gleiche erzählen. Dann ist die Frage, ob nun die eine Person die Wahrheit sagt – oder die 500 anderen?

Republik: Sollte das Geschäftsgebaren Quadronis eine Rolle spielen bei der Frage, wie ein solcher Polizeieinsatz abläuft?
Schlegel: Nein! Was ich sage: Sie waren bei dem Polizeieinsatz nicht dabei und stellten einfach seine Darstellung als die Wahrheit dar.

Republik: Die Passagen waren klar als seine Aussage gekennzeichnet.
Schlegel: Aber Sie haben keine Gegendarstellung gemacht.

Republik: Das konnten wir nicht, weil wir keine Stellungnahme erhielten. Zudem sind die Umstände seiner Einweisung – Augenbinde, Handschellen, Verletzungen – im Bericht der Psychiatrischen Dienste festgehalten.
Schlegel: In diesen Bericht habe ich aufgrund des Amtsgeheimnisses keinen Einblick.

Republik: Wir schon.
Schlegel: Das bringt nichts. Einen schönen Nachmittag.

Das Brandmal

Unsere Reporterin Anja Conzett hatte mit einem ihr bekannten SVPler zum Gespräch abgemacht. Sie betrat gegen 18 Uhr das Restaurant «La Vita», wo die SVP feierte, dass es nichts zu feiern gab: Schlegel hatte mit 68 Stimmen verloren, und die SVP war auf 9 Sitzen stagniert – obwohl sie versucht hatte, den Kanton mit 20 neuen, hungrigen Kandidaten zu stürmen.

Es war ein öffentlicher Anlass.

Heinz Brand sprach gerade. Er entdeckte Conzett, unterbrach die Rede, zeigte auf sie und sagte: «Das ist Anja Conzett, die Frau, der wir diese unse-

lige Berichterstattung zu verdanken haben! Bitte verlassen Sie sofort diesen Raum!»

Conzett dachte zuerst, dass Brand einen Witz mache. Sie sagte, sie sei hier verabredet.

Brand fuhr sie an: «Raus! Sofort! Feiern Sie mit Ihren Gesinnungsgenossen!»

Conzett verliess unter donnerndem Applaus den Saal.

Es war eine Viertelstunde später, bei Eistee und Alkohol, als uns klar wurde: Sie glaubten es wirklich. Dass die Republik von einer genialen Bündner SP gesteuert wurde.

Wir hatten gedacht, die Gerüchte seien Wahlkampfpropaganda.

Doch im «Regionaljournal Graubünden» wiederholte Brand mehrmals, dass «nur die Naivsten glauben, dass die SP nichts mit der Publikation der Republik zu tun» habe. Beweise? «Schauen Sie sich die Fakten an!» Konnte es ein Zufall sein, dass die gedruckte Republik gleichzeitig mit den Wahlunterlagen verschickt wurde? «Das ist schon reichlich naiv, wenn man das als Zufall anschaut!»

Die anderen Parteipräsidenten sahen peinlich berührt aus.

Doch Brand doppelte in einer weiteren Sendung nach. Der Grund für die SVP-Niederlage war: dass «durch den unsäglichen Artikel Walter Schlegel als Brutalo» dargestellt wurde – was diesem «vor allem bei den Frauen» Schwierigkeiten gemacht habe.

Immerhin lernten wir etwas.

Brands Theorie lieferte uns eine Theorie für die traumatische Niederlage der SVP in einer für sie traumhaften Ausgangslage mit geschwächter BDP: Die Chefetage sah nicht mehr klar.

Was waren die echten Wahlkampfprobleme? Hier nach etwas Recherche eine kleine Liste zur Frage, wo das Problem gelegen haben könnte:

1. Schlegel hatte im Oberland ein Mobilisierungsproblem, weil nun auch ein zweiter CVP-Kandidat im Rennen lag.

2. Schlegel landete in der üblichen Zwickmühle der SVP bei Exekutivämtern: Stellt die SVP einen Kandidaten auf, den die anderen wählen können, wählt die Basis ihn nicht begeistert. Stellen sie einen Hardliner auf, wählen ihn die anderen nicht. Schlegel war Beamter, ein eher reservierter Mann – viele sagten: «Das ist doch kein rechter SVPler!»

3. Schlegel war in der Parteileitung alles andere als unumstritten – Heinz Brand hatte ihn durchgedrückt, weil Walter Schlegel sein Ziehsohn war: Er sollte schaffen, was Brand nicht geschafft hatte.

4. Die Person, die das Charisma, die Organisationskraft, das perfekte Geschlecht gehabt hätte, war eine Frau: Valérie Favre Accola – die Ziehtochter von Magdalena Martullo-Blocher. Sie scheiterte an ihrem Wertekatalog: Sie ist Mutter von drei schulpflichtigen Kindern, Unternehmersgattin – und sagte: Nein. Stattdessen wurde sie Wahlkampfleiterin. Als Kandidatin wäre sie souveräner gewesen. Und gewählt worden.

5. Was die Republik angeht – Sie können es nachlesen: Wir schrieben nur ganz am Rand von Herrn Schlegel. Er war keine Figur in der Recherche. Mit dem Kampf gegen die angeblich ferngesteuerte Presse wurde Walter Schlegel von der eigenen Wahlleitung als Opfer gezeichnet. Von etwas, was niemand sah (und sehen konnte) ausser die SVP-Wahlleitung.

6. Nicht ohne Instinkt ist eine der bösesten Beleidigungen auf jedem Pausenplatz «Du Opfer!». Und wenn plötzlich erfahrene Chefs Opfer sein wollen, wählt man diese eher nicht in den Regierungsrat. (Schlegel hatte nur deshalb eine Chance, weil Parolini ebenfalls die Strategie wählte, Opfer zu sein.)

Heinz Brands Fehler sind nicht unverständlich: Es war seine dritte Niederlage. Zweimal trat er selbst für den Regierungsrat an. Das erste Mal für die damals frisch neu gegründete SVP, topmotiviert durch den Verrat der BDP, mit voller Kriegskasse: Nach der Wahlniederlage tauchte Brand für Wochen ab. Dann, beim zweiten Scheitern, blieb er sportlich: Damals hiess es, er sei Bundesratskandidat. Doch dann servierte ihn die Parteileitung für Aeschi, Gobbi und Parmelin ab.

Nun, Brands Irrtum ist nachzuvollziehen. Aber auch ein Zeichen, dass die SVP Graubünden nicht regierungsreif ist. Statt Verantwortung für die Niederlage zu übernehmen, fand er eine Ausrede.

Wenig Wahl

Die eigentliche Veränderung in der Regierung war der Wegfall des Kopfes: Die BDP-Finanzdirektorin Barbara Janom-Steiner ging wegen der Amtszeitbeschränkung. Sie war erst die zweite Frau im Regierungsrat – nach Eveline Widmer-Schlumpf, deren Hand sie auf dem Weg nach Bern hielt, als Widmer-Schlumpf ihren Parteikollegen Christoph Blocher stürzte.

Und sie war eine ebenbürtige Nachfolgerin: In Graubünden muss eine Frau tough sein, um in der Politik zu überleben. Ihr Übername war «Queen Babsi» – ihre Dossierfestigkeit war furchterregend, ihr Blick bei Geschwafel vernichtend. Sie brachte die beiden unmöglichen Dinge zusammen, geliebt und gefürchtet zu werden, hatte im Militär einen Rang, der nur einen männlichen Namen kennt: Hauptmann. Und sie ist eine der wenigen Frauen, denen es gelang, eine Tracht zu tragen, ohne unterwürfig auszusehen.

Janom-Steiner und Widmer-Schlumpf sanierten den strukturschwachen Kanton. Sie sind bis heute die beliebtesten Politikerinnen Graubündens.

Von diesem Kaliber stand diesmal niemand zur Wahl. Es gab die Profis Rathgeb und Cavigelli, die Neuen Peyer und Caduff sowie Janom-Steiners Hinterlassenschaft Parolini. Sie hatte ihn vor vier Jahren in den Regierungsrat mitgezogen, um die Wahl ihres Erzfeindes Heinz Brand zu verhindern. Und hielt danach nicht viel von ihm.

Kein Wunder, legten diesmal viele Luft ein.

Die einzige Alternative für Protest bei diesen Regierungsratswahlen wäre der wilde Kandidat Linard Bardill gewesen. Er stieg fünf Wochen vor der Wahl ein, ohne viel Geld oder Erfahrung, wurde, wie er sagt, nach einem Kommentar mit der Frage «Hat wirklich niemand den Schneid, diesen Kinderliederkomponisten in den Senkel zu stellen?» von der Bündner Presse geschnitten und machte 12’000 Stimmen.

Graubünden steht nicht für viel Wahl. Für den Grossen Rat herrscht das Majorzsystem: Die Mehrheit bekommt alles. In vielen Wahlkreisen treten nicht mehr als zwei, manchmal nur eine Partei an. Und verblüffenderweise schafft es der Majorz, die Kräfteverhältnisse sauber umzudrehen. Bei Nationalratswahlen gilt in Graubünden: SVP>SP>BDP>CVP>FDP. Bei Grossratswahlen: FDP>CVP>BDP>SP>SVP.

Dass die SP drei Sitze (mit Aussicht auf einen weiteren in einer Stichwahl), die FDP zwei Sitze (mit Aussicht auf zwei weitere) gewann, ist im Majorz ein mittleres Erdbeben. Beide stellten eine Menge junger Leute auf.

Verliererin war die BDP, sie büsste sechs Sitze wegen eines strategischen Fehlers ein: Sie hatte vor vier Jahren fast niemanden ausgewechselt, nun musste sie die Hälfte ihrer Sitze mit neuen Leuten verteidigen.

Zweiter Verlierer sind die Frauen: Sie besetzen zwar ein gutes Fünftel im Grossen Rat. Aber es sitzt keine mehr im Regierungsrat.

Vielleicht ist es das, was die Leute so zornig machte. Die politische Landschaft in Graubünden ist starr, von Seilschaften und älteren Herren besiedelt.

Wie ein Kartell.